

FDP Offenbach

WEISS: BÜRGER SOLLEN IHRE BETROFFENHEIT ZUM AUSDRUCK BRINGEN

15.02.2007

Im Vorfeld der Anhörung zum Landesentwicklungsplan wirft Paul-Gerhard Weiß (FDP) der CDU-Landesregierung Willkür vor, weil Offenbach nicht als "Träger öffentlicher Belange" zur Flughafenanhörung im Landtag geladen ist. Der "am meisten durch Fluglärm betroffenen Großstadt der Republik" werde das Wort verboten, kritisierte Weiß als zuständiger Dezernent in der Frankfurter Rundschau. Vertreter anderer Kommunen dürfen diese Woche vor Mitgliedern zweier Landtagsausschüsse ihre Bedenken gegen den Flughafenausbau darlegen. Die Anhörung dient zur Änderung des Landesentwicklungsplanes. In diesem Plan soll der Flughafenausbau fest verankert werden. Offenbach habe zwar Bedenken über die kommunale Arbeitsgemeinschaft geltend gemacht. "Ich hätte diese jedoch gerne in Wiesbaden persönlich vorgetragen", so Weiß. Voraussichtlich Ende März würden die Planungsunterlagen ein zweites Mal öffentlich ausgelegt. Dort könnten Bürger erneut ihre persönliche Betroffenheit ausdrücken, empfahl der zuständige Stadtrat.